

Demonstranten fordern Fernwärme-Rückkauf



Spaltet Fernwärme-Streit rot-grüne Koalition?

Hamburg Journal - 21.09.2018 19:30 Uhr

Vor fünf Jahren haben die Hamburger für den Rückkauf des Fernwärmenetzes gestimmt. Während die Grünen den Volksentscheid umsetzen wollen, hat die SPD rechtliche Bedenken.

Informationen zur Sendung

f 

★★★★★

4,2 bei 5 Bewertungen

Mitschrift eines NDR-Videos vom 21.9.2018 19:30 Uhr:



NDR

00:00:09 / 00:02:13

**Volksentscheid 2013:
Fernwärme jetzt zurückkaufen.**

**Volksentscheid
Fernwärme jetzt zurückkaufen**

Spaltet Fernwärme-Streit rot-grüne Koalition?

Hamburg Journal - 21.09.2018 19:30 Uhr

f 

★★★★★

Sie wollen den Volksentscheid um jeden Preis umsetzen. Mehrere Initiativen haben heute zur Demo aufgerufen.



Denn sie wollen eines nochmal ganz deutlich machen: Der Volksentscheid ist aus ihrer Sicht nur umgesetzt, wenn die Stadt das Fernwärmenetz zu 100 % zurückkauft.



Viele ärgern sich hier vor allem über die Haltung der SPD, die die rechtliche Zulässigkeit des Volksentscheids per Gutachten überprüfen lässt.



Gilbert Siegler, Anmelder Demo: „Zumal der langjährige Bürgermeister Olaf Scholz damals gesagt hat: »Selbstverständlich setzen wir den Volksentscheid um« und auch Andreas Dressel als langjähriger Fraktionsvorsitzender gesagt hat: »Selbstverständlich werden wir dem Willen der Hamburgerinnen und Hamburger nachkommen und da wird es keine Tricks geben.« Diese Tricks sehe ich im Moment.

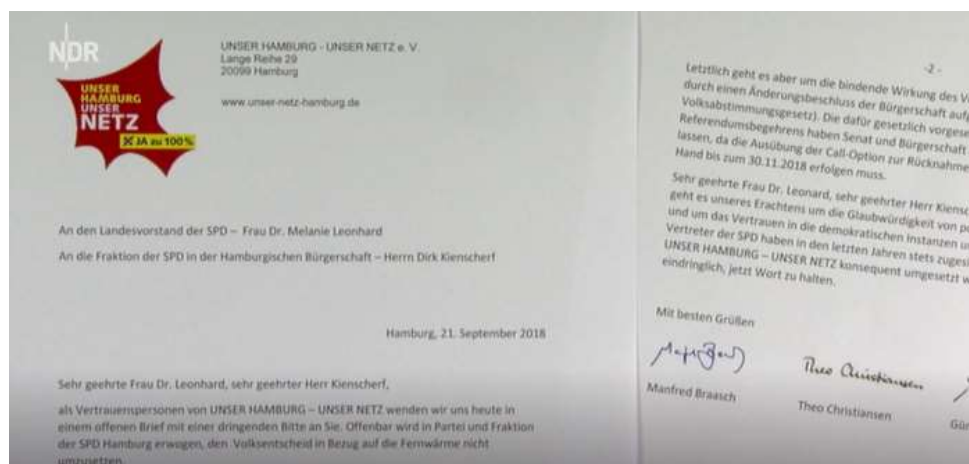
Das ist eine ernste Situation für Rot-grün im Rathaus. Denn während der Umweltsenator prüfen lässt, ob auch ein höherer Preis vertretbar ist, um das Netz von Vattenfall zurückzukaufen, scheinen in der SPD die Zweifel zu überwiegen. Dabei heißt es im Koalitionsvertrag von 2015 eindeutig:

„Die Koalition wird die Zielsetzungen des Volksentscheids vom 22. September 2013 vollständig verwirklichen. ... Die Stadt wird 2018 und 2019 die Optionen zum Rückkauf des Gasnetzes und der Fernwärmeversorgung wahrnehmen.“

Das hat auch der Umweltsenator nicht vergessen.



Jens Kerstan, Umweltsenator: „Am Ende ist es so: Wir Grüne haben uns bei der Elbvertiefung an den Koalitionsvertrag gehalten, was für uns schmerzhaft war, und das erwarten wir vom Koalitionspartner in Bezug auf die Energienetz auch.“



Auch die Vertrauensleute von „Unser Hamburg – Unser Netz“ wenden sich heute in einem Offenen Brief an den SPD-Landesvorstand und die Fraktion mit der Bitte in Sachen Volksentscheid Wort zu halten. Doch für den Fraktionsvorsitzenden geht das nicht um jeden Preis.



Dirk Kienscherf, SPD-Fraktionsvorsitzender: „Wenn eine Partei Volksentscheide umsetzt, dann ist es die SPD und von daher muss man diesen Vorwurf natürlich zurückweisen. Aber wir sagen eben auch: Es muss rechtlich funktionieren und die Strompreise müssen letztendlich stabil bleiben – oder die Fernwärmepreise müssen stabil bleiben. Also von daher finde ich diese Vorwürfe unberechtigt. Wir sorgen schon dafür, dass das umgesetzt wird, was in diesem Volksentscheid steht.“



Da sind sie noch skeptisch. Entscheidend wird wohl sein, was das Gutachten der Finanzbehörde ergibt. Sollte es am Ende Zweifel geben, ob es zulässig war, dass die Hamburger über eine Frage abstimmen dürfen, die solche Auswirkungen auf den Haushalt hat, werden sie wohl wieder auf die Straße gehen.

Demonstranten fordern Fernwärme-Rückkauf

Rund 300 Menschen haben am Freitagnachmittag in der Hamburger Innenstadt für den Rückkauf des Fernwärmenetzes demonstriert. "Volksentscheid 2013 jetzt umsetzen" stand auf einem Transparent, mit dem die Demonstranten vom Vattenfall-Kundenzentrum am Hauptbahnhof zum Rathausmarkt zogen. Ursprünglich war eine Menschenkette entlang der etwa einen Kilometer langen Strecke vom Vattenfall-Kundenzentrum zum Rathaus geplant. Dazu reichte die Teilnehmerzahl nicht ganz aus.

Spaltet Fernwärme-Streit rot-grüne Koalition?

Hamburg Journal - 21.09.2018 19:30 Uhr

Vor fünf Jahren haben die Hamburger für den Rückkauf des Fernwärmenetzes gestimmt. Während die Grünen den Volksentscheid umsetzen wollen, hat die SPD rechtliche Bedenken.

[Informationen zur Sendung](#)

Initiativen wollen ein Zeichen setzen

"Wir wollen einfach nochmal öffentlich deutlich machen, dass es nicht angehen kann, dass ein Senat, egal, wie er zusammengesetzt ist, den Bürgerwillen einfach ignoriert, und dass der Senat nicht die Interessen des Energiekonzerns Vattenfall höher gewichtet als die der Stadt", sagte Gilbert Siegler vom [Hamburger Energietisch](#), einem Bündnis, das sich für die Umsetzung der Energiewende in Hamburg einsetzt. Und in dem Aufruf der Volksinitiative "Tschüss Kohle" hieß es, die SPD brauche noch Entscheidungshilfe, den 2013 im Volksentscheid geforderten vollständigen Rückkauf der Energienetze umzusetzen.

Bürgerentscheid noch nicht umgesetzt

In einem Bürgerentscheid hatten sich im Jahr 2013 mehr als 444.000 Hamburger für einen Rückkauf der Energienetze ausgesprochen. Der rot-grüne Senat hat noch bis 30. November Zeit, dem Bürgerwillen zu entsprechen. Da der mit Vattenfall nach dem Volksentscheid [vereinbarte Rückkaufpreis](#) inzwischen aber um rund 300 Millionen Euro über dem aktuellen Wert des Netzes liegt, gibt es Bedenken hinsichtlich der Landeshaushaltsordnung. Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) lässt derzeit die möglichen rechtlichen Folgen prüfen.